

GROSSER RAT

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DFS/SK



Grossratsgeschäftsnummer: 16 / BS 16 / 145
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DFS/SK

Bericht der GFK-Subkommission DFS/SK zum Budget 2018 und zum Finanzplan 2019 - 2021

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DFS/SK:

Präsident: Ueli Oswald, Berlingen
Mitglieder: Patrick Hug, Arbon
Barbara Kern, Kreuzlingen
Vico Zahnd, Weingarten

Allgemeine Bemerkungen zum Budget 2018 und Finanzplan 2019 - 2021

Der Stellenplan 2018 sieht für das DFS 232,5 unbefristete Stellen vor. Dies sind 3,3 Stellen mehr als 2017. Die zusätzlichen Stellen sind wie folgt verteilt:

- Steuerverwaltung 100 Stellen% für einen zusätzlichen Veranlagungsexperten juristische Personen. Die Anzahl juristischer Personen (Kapitalgesellschaften) nimmt jährlich zu. Die Einführung des spontanen Informationsaustausches und die Einführung des automatischen Informationsaustausches (AIA) erfordert ein zusätzliches Stellenpensum.
- Sozialamt 100 Stellen%. Diese Stelle verursacht keine zusätzlichen Kosten. Bisher wurde sie bei der Peregrina-Stiftung geführt, sie erbringt jedoch vor allem Leistungen, die direkt dem Sozialamt zuzuordnen sind.
- Amt für Gesundheit 130 Stellen%
Mit 50 Stellen% wird eine Fachspezialistin im Bereich Finanzen, Spitäler, Versicherungspflicht und Prämien neu eingesetzt. Die Kosten und die Komplexität im Gesundheitswesen haben sich insbesondere für die Kantone in den letzten Jahren stark erhöht. Dies führt auf der administrativen Seite beim Gesundheitsamt zu einer erhöhten Belastung.
In der Heilmittelkontrolle arbeiten die Kantone Thurgau und Schaffhausen künftig zusammen. Ab 2018 wird eine neue gemeinsame Kantonsapothekerin mit 70 bis 80 Stellen% in Frauenfeld tätig sein, die auch den Kanton Schaffhausen abdecken wird.

Haushaltsgleichgewicht HG 2020:

Das Projekt HG 2020 wurde speditiv aufgegleist und es ist ohne externe Unterstützung und ohne Sonderkommission schlank vorbereitet worden. Die Subkommission bedankt sich für dieses vorausschauende Projekt beim Regierungsrat.

Die Massnahmen zu HG 2020 wurden in den Departementen unter Einbezug der betroffenen Amts- und Betriebsleiter sowie Spezialisten erarbeitet.

Das Personal wurde vor der Medieninformation via Portal informiert.

Das Gesamtprojekt HG 2020 verbessert die Gesamtrechnung für den Kanton im Jahre 2020 um 22.9 Mio. Die Mehrbelastung der politischen Gemeinden beläuft sich auf 1.324 Mio., jene der Schulgemeinden auf 0.74 Mio. und auf Weitere entfallen 0.6 Mio.

Die grosse Mehrheit der Massnahmen liegt in der Kompetenz des Regierungsrates. Der Entscheid über die definitive Umsetzung erfolgt nach der Diskussion im Grossen Rat.

Die einzelnen Massnahmen im DFS/SK wurden im Detail mit dem Regierungsrat beraten. Die Anpassung des horizontalen Finanzausgleichs der politischen Gemeinden, der zentrale Bezug der Steuern juristischer Personen sowie die Bezugsprovision für Grundstückgewinn- und Liegenschaftensteuern wurden in der Subkommission speziell hinterfragt.

Budget 2018 DFS

Der Aufwand sinkt gegenüber dem Vorjahresbudget um	19.3 Mio.
Der Ertrag sinkt gegenüber dem Vorjahresbudget um	29.1 Mio.
Der Nettoertrag sinkt gegenüber dem Vorjahresbudget um	9.8 Mio.

Bei den grössten Abweichungen handelt es sich einerseits um die Überführung der Abteilung Immobilienfinanzierung ins Hochbauamt und andererseits nimmt der Aufwand beim Gesundheitswesen wiederum zu.

Die fixe Vorgabe von jährlich 1 % der Lohnsumme für individuelle Lohnerhöhungen wird fallen gelassen. Die Botschaft zur Änderung der Besoldungsverordnung liegt vor und wird von der vorberatenden Kommission in naher Zukunft bearbeitet. Diese Massnahme ist im Finanzplan bereits aufgenommen worden.

Der Regierungsrat informiert die Subkommission über zwei wichtige Schwankungsreserven in der Bilanz.

Die NFA-Schwankungsreserve mit einer Zielgrösse von max. 100 Mio. wird bis ins Jahr 2019 auf 23 Mio. abgebaut. Ab 2019 ist keine Entnahme mehr geplant.

Die SNB-Schwankungsreserve wurde aus dem Sonderertrag der Goldreserve mit dem maximalen Betrag von 150 Mio. gebildet. Die Jahrest tranche des SNB-Gewinnanteils beträgt rund 21 Mio. Wenn diese nicht ausgeschüttet wird, werden die 21 Mio. aus der SNB-Schwankungsreserve entnommen. Aktuell ist der Bestand bei 150 Mio.

In der Finanzplanperiode ist keine Entnahme geplant.

7010 Generalsekretariat

Keine Bemerkungen

7110-7120 Personalamt

Im 2018 erfolgt in der Expertenstelle Querschnittfunktionen (Budget, Lohnrunde etc.) eine Nachfolgeregelung. Zur optimalen Übergabe der Funktionen wird im Jahr 2018 eine Doppelbesetzung realisiert. In diesem Zusammenhang werden auch die Prozessabläufe dokumentiert und die langfristige Qualitätssicherung optimiert.

7250 Finanzkontrolle

keine Bemerkungen

7310-7355 Finanzverwaltung

Der neue Zahlungsverkehrsstandard ISO 20022 wird eingeführt. Die Post stellt per Ende 2017 auf das neue Format um. Die Banken werden bis ca. Mitte 2018 ebenfalls den neuen Standard eingeführt haben.

Die Dividende der Thurmed AG von 1.5 Mio. ist seit Jahren unverändert. Die Dividende ist wichtig zur Mitfinanzierung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Gesundheitswesen. Als Folge der Umstellung auf HRM 2 (lineare Abschreibung) steigt der Abschreibungsbedarf kontinuierlich an.

7410-7440 Steuerverwaltung

Der Bestand an juristischen Personen hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Eine Aufschlüsselung nach Regionen ist statistisch nicht vorhanden.

Der Ressourcenausgleich von Bund und den Kantonen wird durch den Bund berechnet. Grundlage bilden die Jahre 2012 - 2014. Die für das Jahr 2018 budgetierten Erträge können als gesichert beurteilt werden. Das Wachstum der Ausgaben, die der Kanton mit dem NFA übernommen hat (Behindertenbereich, EL, Gesundheitsbereich), ist so markant, dass auch ein Wachstum der NFA-Zahlungen notwendig ist.

An der OLMA wurde ein Bericht der ostschweizerischen Regierungskonferenz zum Thema Ostschweiz und NFA vorgestellt. Darin wird erklärt, weshalb die Ostschweiz trotz der Ressourcenschwäche selbstbewusst auftreten darf. Die Ostschweiz entwickelt sich nicht zurück, aber die Entwicklung ist nicht so stark wie in den Geberkantonen. Der Kanton Thurgau muss ein selbstbewusster Nehmerkanton bleiben. Er muss aber auch aktiv Massnahmen ergreifen um die Situation zu verbessern.

7510-7518 Sozialamt

keine Bemerkungen

7530-7555 Amt für Gesundheit

Die Prävention und Bekämpfung der Spielsucht erfolgt im Rahmen des interkantonalen Grundangebots (Internetplattform für Betroffene, Angehörige und Fachpersonen, Telefon und Onlineberatung) sowie die Beratung vor Ort, welche durch die Perspektive zu gewährleisten ist. Zusätzlich zu diesen beiden Angeboten erhält die Budgetberatung der BENEFO-Stiftung Mittel aus dem Spielsuchtfonds und es können zweckbestimmt Projektgesuche zur Mitfinanzierung eingereicht werden. Im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit werden auch Präventionskampagnen lanciert und durchgeführt, welche die Budgetschwankungen begründen.

7580 Kantonales Laboratorium

Bei Inspektionen in Lebensmittelbetrieben werden nach einer Checkliste verschiedene Punkte wie das eigene Selbstkontrollkonzept, die Lebensmittel, die Produktionsprozesse und der Umgang mit den Lebensmitteln, die Betriebshygiene und die Einrichtung etc. kontrolliert und beurteilt. Nach einer nationalen Vorgabe wird dabei intern das Risiko des Betriebes bestimmt und damit die Frist bis zur nächsten Inspektion festgelegt. Ein Kiosk wird nicht so oft kontrolliert wie ein Betrieb, der heikle Fertigsalate herstellt oder Babynahrung. Saubere und fachmännisch geführte Betriebe werden risikobasiert weniger oft kontrolliert als unvorteilhafte Betriebe mit Beanstandungen.

7610 Sozialversicherungszentrum

Die Familienzulagen in der Landwirtschaft werden im Bundesgesetz geregelt (FLG). Anspruchsberechtigt nach FLG sind selbstständige Landwirtinnen und Landwirte und Arbeitnehmende in der Landwirtschaft. Auch Kinder im Ausland erhalten Familienzulagen. Sie werden nur dann ausgerichtet, wenn die Schweiz aufgrund eines Abkommens über soziale Sicherheit dazu verpflichtet ist. An Staatsangehörige von EU- bzw. EFTA-Länder werden Kinder- Ausbildungs- und Haushaltszulagen nach dem FLG ausgerichtet, auch wenn die Kinder in Ländern der EU bzw. der EFTA wohnen. Auch Angestellte von grossen Gemüsebauern erhalten Leistungen nach dem FLG.

Finanzplan 2019 – 2021 DFS

Im Finanzplan sind die Massnahmen HG 2020 voll eingeflossen. Nach der Diskussion im Grossen Rat wird der Regierungsrat entscheiden, welche Massnahmen er in eigener Kompetenz umsetzt und welche Massnahmen er in Form einer Botschaft dem Grossen Rat zur Beschlussfassung vorlegt.

Das Minimalziel des Regierungsrates ist die nachhaltige Verbesserung des Staatshaushaltes per 2020 um mindestens 20 Mio. auf Basis der Gesamtrechnung. Sollten einzelne der vorgeschlagenen Massnahmen nicht realisiert werden, sind dafür Ersatzmassnahmen zu finden.

Budget 2018 SK

2100 Staatskanzlei

Die Staatskanzlei erwartet für 2018 ein Geschäftsjahr im ordentlichen Rahmen. Der Nettoaufwand der Staatskanzlei steigt gegenüber dem Budget 2017 um 0.86 Mio. Die Begründung liegt bei der neuen Zustellung der juristischen Urkunden, bei den Friedensrichter- und Betreuungsamtern mittels Spezialzustellung durch die Post, sowie bei der Beschaffung E-Voting Tranche 2018.

2510 Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale

Der Druckaufwand steigt gegenüber dem Budget 2017 um 0.3 Mio. Die Staatskanzlei führt aus, was von den Ämtern bestellt wird.

Der Regierungsrat beabsichtigt, neu in den Budgetrichtlinien Vorgaben für die Departemente und Ämter für die Drucksachen zu definieren.

Mit der Umsetzung HG 2020 wird auf die gedruckte Version des Staatskalenders verzichtet und das Layout der „Leuetatze“ erfolgt intern.

Finanzplan 2019 – 2021 SK

Keine Bemerkungen

Berlingen, 8. November 2017

Der Subkommissionspräsident
Kantonsrat Ueli Oswald